

Niederschrift

über die 17. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 08.02.2023, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

1. Mitteilungen der Bürgermeisterin
2. Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds
Vorlage: 2720/2023
3. Entsendung von zwei Vertretern in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur
Vorlage: 2718/2023
4. Änderung im Rechnungsprüfungsausschuss
Vorlage: 2721/2023
5. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 2722/2023
6. Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83 GO NRW für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 2726/2023
7. Durchführung der Landpartie
Vorlage: 2724/2023
8. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Haushaltsänderungsantrag: Anhebung der Mittel im Bereich der Produktgruppen Grundschulen, Realschule und Gesamtschule zur Finanzierung einer ausreichenden Ausstattung mit Whiteboards
Vorlage: 2727/2023
9. Zuleitung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Plan und Anlagen für das Haushaltsjahr 2023
Vorlage: 2698/2022
10. Förderantrag für eine virtuelle Rekonstruktion der Geilenkirchener Synagoge
Vorlage: 2728/2023
11. Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Kreis Heinsberg (H2HS); Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen - Letter of Intent
Vorlage: 2732/2023
12. Beratung und Beschlussfassung über den Bauvorentwurf zur Erneuerung und Verbesserung von Straße und Kanal Tichelener Weg; Beschluss zur Durchführung einer Einwohnerversammlung
Vorlage: 2703/2022

- 13 . Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen
- 14 . Fragestunde für Einwohner

Anwesend waren:

Vorsitzende/r

1. Bürgermeisterin Daniela Ritzerfeld

Mitglieder

2. Cornelia Banzet
3. Marko Banzet
4. Maria Beaujean
5. Heike Becker
6. Hans-Jürgen Benden
7. Maja Bintakys-Heinrichs
8. Karola Brandt
9. Karl-Peter Conrads
10. Michael Cremerius
11. Markus Diederer
12. Helmut Gerads
13. Christina Hennen
14. Judith Jung-Deckers
15. Michael Kappes
16. Mario Karner
17. Nils Kasper
18. Stefan Kassel
19. Robert Kauhl
20. Wilfried Kleinen
21. Christian Kravanja
22. Willi Münchs
23. Hans-Josef Paulus
24. Gero Ronneberger
25. Manfred Schumacher
26. Barbara Slupik
27. Norwin Sommerfeld
28. Lars Speuser
29. Jürgen Steegers
30. Raimund Tartler
31. Ruth Thelen
32. Harald Volles
33. Max Weiler

von der Verwaltung

34. Erster Beigeordneter Herbert Brunen
35. Joachim Grünewald
36. Christina Kamphausen
37. Christoph Nilles

Es fehlten:

38. Daniel Bani-Shoraka
39. Sonja Engelmann
40. Christoph Grundmann
41. Rainer Jansen
42. Dirk Kochs
43. Hannelore Peter
44. Beigeordneter Stephan Scholz

Bürgermeisterin Ritzerfeld eröffnete die 17. Sitzung des Rates der Stadt Geilenkirchen am 08.02.2023 um 18 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses und hieß die Stadtverordneten, die Vertretungen der Presse und die anwesenden Bürgerinnen und Bürger herzlich willkommen. Sie begrüßte Bürgermeister a. D. Schmitz.

Sie stellte fest, dass die Einladung zur Sitzung form- und fristgerecht zugestellt worden sei. Einwendungen gegen die Niederschrift der 16. Sitzung des Rates vom 21.12.2022 habe es nicht gegeben.

Sie entschuldigte an dieser Stelle Stadtverordnete Peter, Stadtverordneten Grundmann, Stadtverordnete Engelmann, Stadtverordneten Kochs, Stadtverordneten Jansen und Stadtverordneten Bani-Shoraka.

Bürgermeisterin Ritzerfeld beantragte die Erweiterung der Tagesordnung um die Tischvorlage 2703/2022 „Beratung und Beschlussfassung über den Bauvorentwurf zur Erneuerung und Verbesserung von Straße und Kanal Tichelener Weg; Beschluss zur Durchführung einer Einwohnerversammlung“ als TOP 12, welche die Verwaltung vorab digital zur Verfügung gestellt habe.

Der Rat beschloss einstimmig die Erweiterung der Tagesordnung.

TOP 1 Mitteilungen der Bürgermeisterin

Bürgermeisterin Ritzerfeld erinnerte an den Tod von Peter Krückels, der am 10.01.2023 verstarb. Sie rief zu einer Gedenkminute auf.

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, man suche aktuell Schöffen/Schöffinnen und Jugendschöffen/Jugendschöffinnen, die bereit und geeignet seien in Strafverfahren mitzuwirken. Interessierte sollen zwischen 25 und 69 Jahre alt sein. Für das Amt als Jugendschöffe/Jugendschöffin solle man zudem erzieherisch befähigt und in der Jugenderziehung erfahren sein. Pro Jahr müsse man mit der Teilnahme an etwa 10 Sitzungen beim Amtsgericht Geilenkirchen, dem Jugendschöffengericht in Heinsberg oder beim Landgericht in Aachen rechnen. Gesucht werde für die Jahre 2024-2028 und man könne sich noch bis zum 31.03.2023 bei der Stadtverwaltung Geilenkirchen bewerben. Abschließend bestimme ein Ausschuss des jeweiligen Gerichts, wer Schöffe/Schöffin und Jugendschöffe/Jugendschöffin werde.

TOP 2 Einführung und Verpflichtung eines neuen Ratsmitglieds Vorlage: 2720/2023

Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, Herr Norwin Sommerfeld habe die Wahl zum Stadtverordneten im Wege der Ersatzbestimmung mit schriftlicher Erklärung vom 15.01.2023 angenommen. Bürgermeisterin Ritzerfeld bat darum, dass sich die Anwesenden erheben. Sie las die Verpflichtungserklärung vor und Herr Sommerfeld wiederholte diese.

TOP 3 Entsendung von zwei Vertretern in die Verbandsversammlung des Wasserverbandes Eifel-Rur Vorlage: 2718/2023

Bürgermeisterin Ritzerfeld gab den Inhalt der Vorlage wieder. Sie erklärte, die CDU habe als größte Fraktion hier ein Vorschlagsrecht. Bisher habe man Beigeordneten Scholz und Stadtverordneten Speuser entsandt. Von der Verwaltungsseite schlage man erneut Beigeordneten Scholz vor.

Die CDU-Fraktion schlage erneut Stadtverordneten Speuser vor.

Bürgermeisterin Ritzerfeld rief zur Abstimmung über die erneute Entsendung von Beigeordnetem Scholz und Stadtverordnetem Speuser als Vertreter in der Verbandsversammlung auf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschließt einstimmig Beigeordneten Scholz und Stadtverordneten Speuser als Delegierte der Mitglieder des Wasserverbandes Eifel-Rur in die Verbandsversammlung zu entsenden.

TOP 4 Änderung im Rechnungsprüfungsausschuss Vorlage: 2721/2023

Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, die Anlage zur Vorlage enthalte die gesamte Liste der aktuellen Ausschussbesetzung. Der verstorbene Stadtverordnete Krückels sei darin noch

aufgeführt, da der Antrag der CDU-Fraktion zur Vornahme der notwendigen Änderungen erst in der Ratssitzung am 22.03.2023 beraten werde. In der heutigen Beschlussfassung gehe es um die von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen beantragte Änderung im Rechnungsprüfungsausschuss. Der aus der Vorlage ersichtliche Beschlussvorschlag werde entsprechend modifiziert. Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief Bürgermeisterin Ritzerfeld zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag auf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschließt einstimmig die Nachbesetzung des Rechnungsprüfungsausschusses mit dem Stadtverordneten Rainer Jansen und dem Stadtverordneten Jürgen Benden.

**TOP 5 Änderung der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen
Vorlage: 2722/2023**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschließt einstimmig die 6. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Geilenkirchen in der als Anlage beigefügten Form.

**TOP 6 Genehmigung von außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen gem. § 83
GO NRW für das Haushaltsjahr 2022
Vorlage: 2726/2023**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen genehmigt einstimmig die überplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2022.

**TOP 7 Durchführung der Landpartie
Vorlage: 2724/2023**

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, die Vorlage habe die Verwaltung ohne Vorberatung in den Rat eingebracht, da man im Falle der Durchführung der Landpartie jetzt schon mit den Vorbereitungen beginnen müsste. Seitens der Verwaltung schlage man jedoch vor, die Landpartie in diesem Jahr auszusetzen und in einen zweijährigen Rhythmus überzugehen.

Stadtverordneter Schumacher erklärte, die CDU werde dem Antrag zustimmen. Für die Zukunft wolle er jedoch anregen Sponsoren oder Beteiligungsmöglichkeiten zu finden. So könne man derartige Veranstaltungen durchführen und dennoch Kosten einsparen bzw. senken.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gab, rief Bürgermeisterin Ritzerfeld zur Abstimmung über den Beschlussvorschlag auf.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschließt einstimmig auf die Durchführung der Landpartie in diesem Jahr zu verzichten. Unter dem Vorbehalt der künftigen Haushaltslage wird ab dem kommenden Jahr wieder ein zweijährlicher Rhythmus angestrebt.

**TOP 8 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Haushaltsänderungsantrag:
Anhebung der Mittel im Bereich der Produktgruppen Grundschulen, Realschule
und Gesamtschule zur Finanzierung einer ausreichenden Ausstattung mit
Whiteboards
Vorlage: 2727/2023**

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, gemäß Antrag wolle die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ihre Begründung mündlich in der Ratssitzung vortragen.

Stadtverordneter Benden erklärte, es stimme, dass die Schulen zum Teil selbstständig die Anschaffung der Whiteboards übernommen haben. In anderen Schulen würden sie allerdings weiterhin fehlen. In einer Schulkonferenz habe man die Notwendigkeit dieser Whiteboards in allen Schulen festgestellt. In den Haushaltsgesprächen habe Kämmerin Feratovic Anschaffungskosten i. H. v. 23.000 Euro kalkuliert und die Anschaffung dann aufgrund des Haushaltes abgelehnt. Als Träger müsse die Stadt die Schulen jedoch umfangreich ausstatten. Er meinte, es stimme, dass die Schulen einen eigenen Etat haben, die Gelder würden dann jedoch an anderer Stelle fehlen. Er sagte, einige Schulen haben die Anschaffungskosten aufgebracht, andere Schulen würden weiterhin keine Whiteboards haben. Da die Verwaltung mit Schulen anderer Träger großzügig umgehe, solle sie hier nicht sparen, sondern die städtischen Schulen mit den benötigten Whiteboards ausstatten. Dies solle zur Gleichbehandlung der Schulen beitragen. Zudem sei die benötigte Summe mit 23.000 Euro überschaubar, denn Bildung dürfe Geld kosten.

Stadtverordneter Kleinen fragte, ob die Verwaltung die Summe der Anschaffungskosten i. H. v. 23.000 Euro bestätigen könne.

Erster Beigeordneter Brunen erklärte, Kämmerin Feratovic habe vor den Haushaltsgesprächen Kosten i. H. v. 23.000 Euro kalkuliert. Inzwischen habe man neue Erkenntnisse. Aufgrund der Kaufbelege einiger Schulen wisse man, dass die Kosten pro Whiteboard unter 50 Euro liegen würden. Bei 120 benötigten Whiteboards komme man so auf Gesamtkosten von ca. 6.000 Euro. Diese Summe sei aus den vorhandenen städtischen Mitteln zu stemmen. Jedoch sei dies an vielen Schulen nicht mehr notwendig, da diese die Anschaffung ohne Kenntnis der Verwaltung bereits vorgenommen haben. Er informierte, die Anschaffung sei aus dem Etat der Schulen gezahlt worden bzw. man habe dort passende Alternativen gefunden, bspw. beschreibbare Folien. Die Thematik sei daher innerhalb der Schulen erledigt.

Stadtverordneter Kravanja fragte, wieso man zwingend Whiteboards benötige und wieso Kreidetafeln nicht mehr ausreichen würden.

Erster Beigeordneter Brunen informierte, dies sei von den Lehrkräften aus Vereinfachungsgründen gewünscht worden, z. B. für kurzfristige Mitteilungen oder um Informationen anzupinnen.

Stadtverordneter Kravanja fragte, ob dies mit den vorhandenen digitalen Tafeln nicht möglich sei.

Erster Beigeordneter Brunen erklärte, dann müsse man diese durchgehend angeschaltet lassen.

Stadtverordneter Benden erklärte, die Notwendigkeit bestehe weiterhin, auch wenn einige Schulen inzwischen selbstständig Whiteboards angeschafft haben. Die Tafeln benötige man darüber hinaus auch für unterrichtsrelevante Themen. Zudem sei die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen nun unvorbereitet, da sie keine Kenntnis über die gesunkenen Anschaffungskosten hatte. Den Antrag ziehe man daher an dieser Stelle zurück und wolle ihn im Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur erneut zur Beratung stellen. Bis dahin solle die Verwaltung klären, wieso die Summe so erheblich gesunken sei und welche Whiteboards für die Anschaffung in Schulen in Betracht kommen.

Bürgermeisterin Ritzerfeld willigte ein, die Verwaltung werde recherchieren.

Stadtverordneter Kappes meinte, laut Aussage des Ersten Beigeordneten Brunen sei die Thematik gar nicht mehr relevant.

Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen habe den Antrag zurückgezogen und wolle diesen im Ausschuss für Bildung, Soziales, Sport und Kultur erneut zur Beratung stellen. Den Antrag werde man annehmen.

**TOP 9 Zuleitung des Entwurfs der Haushaltssatzung mit Plan und Anlagen für das
Haushaltsjahr 2023
Vorlage: 2698/2022**

Für die CDU-Fraktion trug Stadtverordneter Schumacher die Haushaltsrede vor. Daraufhin stellte Stadtverordneter Kravanja die Haushaltsrede der Bürgerliste vor. Es folgte Stadtverordneter Benden für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Anschließend trug Stadtverordneter Banzet die Haushaltsrede für die SPD-Fraktion und abschließend Stadtverordneter Kleinen die Haushaltsrede für die FDP-Fraktion vor. Die Haushaltsreden sind der Niederschrift als Anlage beigelegt.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschließt mehrheitlich die Haushaltssatzung für das Jahr 2023 mit Plan und Anlagen in der vorliegenden Form.

Bürgermeisterin Ritzerfeld bemerkte, in allen Reden sei deutlich geworden, dass die Lage ernst sei, jedoch nicht hoffnungslos. Das Thema Haushalt werde man weiterhin ohne Denkverbote und mit Kreativität besprechen müssen. Die Verwaltung wolle zunächst innerhalb der Ämter Möglichkeiten prüfen und Informationen herausarbeiten, um dann fundierte Gespräche mit der Politik führen zu können. Man habe sich zudem vorgenommen, künftig früher Gespräche mit der Politik zu führen und diese frühzeitig auch in die Haushaltsplanungen einzubeziehen. Den heutigen Beschluss werde die Verwaltung der Aufsichtsbehörde zuleiten, damit man hoffentlich schnell mit den anstehenden Projekten starten könne.

**TOP 10 Förderantrag für eine virtuelle Rekonstruktion der Geilenkirchener Synagoge
Vorlage: 2728/2023**

Beschluss:

Die Stadt Geilenkirchen beschließt einstimmig die Bereitstellung eines Eigenanteils von 3.100,- € für die virtuelle Rekonstruktion der Geilenkirchener Synagoge unter der Voraussetzung der Förderfähigkeit aus dem Heimat-Förderprogramm des Landes NRW.

TOP 11 **Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Kreis Heinsberg (H2HS); Beteiligung der kreisangehörigen Kommunen - Letter of Intent**
Vorlage: 2732/2023

Stadtverordneter Volles erklärte, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen werde dem Vorschlag zustimmen, da es sich um ein sehr nachhaltiges Projekt handle. Allerdings müsse man bei der Umsetzung auch auf die Einhaltung der Nachhaltigkeitsaspekte achten. Es bestehe die Gefahr, zu viel Windenergie für die Produktion von grünem Wasserstoff zu nutzen, denn dann müsse man für den regulären Energiebetrieb wieder Strom aus Braunkohlekraftwerken nutzen. Man dürfe daher nur übrig gebliebene Windkraftenergie für die Produktion von Wasserstoff nutzen. Darüber hinaus befürworte die Fraktion auch die Beteiligung der Kommunen, da ein Teil der Gewinne dann in den kommunalen Haushalt einfließe und dies für mehr Akzeptanz in der Bevölkerung Sorge.

Stadtverordneter Conrads meinte, weder den aktuellen Zeitungsartikeln noch der Vorlage könne er Details entnehmen. Das Projekt halte er für zukunftsorientiert und vernünftig. Man müsse jedoch innerhalb des Kreises vereinbaren, wie man Lasten und Vorteile gerecht aufteile. Mit der Herstellung des grünen Wasserstoffs seien Rendite im zweistelligen Bereich möglich. Bei der Windenergie seien niedrigere Renditen zu erwarten. Man müsse zudem die Emissionsbelastung durch die Windkraftanlagen berücksichtigen. Obwohl diese bei Windkraft- und Photovoltaikanlagen geringer sei, komme es aufgrund der benötigten Fläche von ca. 50-100 Hektar dennoch zu einer Belastung. Stelle man beispielsweise im Bereich Future-Site-InWest eine entsprechende Anzahl an Windrädern auf, liege die Belastung größtenteils in den Kommunen Geilenkirchen und Hückelhoven und der Erfolg größtenteils bei der Stadt Heinsberg. Das könne man so nicht hinnehmen. Man müsse innerhalb der Kreisgemeinschaft, die gemeinsam ein Projekt betreiben wolle, für einen Ausgleich sorgen. Dazu gehöre insbesondere eine gerechte Verteilung von Lasten und Vorteilen. Berücksichtige die Stadt Geilenkirchen dies in den weiteren Verhandlungen, stimme er dem Beschlussvorschlag zu.

Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, diese Fragen könne sie aktuell nicht beantworten. Das könne aktuell niemand. Es handle sich um ein innovatives Projekt, welches hier im Kreis starten könne mit der Vision, den gesamten Kreis mit grünem Wasserstoff beliefern zu können. Langfristig müsse man auch überlegen, wie dieser in den einzelnen Kommunen ankommen könne. Dies sei ebenfalls noch nicht besprochen. Mit dem Letter of Intent wollen die Projektleitenden zunächst prüfen, ob das Projekt innerhalb des Kreises Anklang finde, auch wenn es noch keine konkreten Ausgestaltungspläne gebe. Die Stadt werde in die weitere Planung einbezogen und könne weiterhin diskutieren oder aussteigen, wenn sie die weiteren Pläne nicht mittragen wolle. Man stehe am Anfang einer Entwicklung, die man beobachten müsse. Bisher sei die Stadt im Hinblick auf die technischen Entwicklungen immer mitgenommen worden. Daher werde sie voraussichtlich bald mehr erfahren. Heute gehe es lediglich darum zu erklären, ob das Projekt und eine Beteiligung für die Stadt Geilenkirchen grundsätzlich in Betracht komme.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschließt einstimmig, dass der Aufbau einer Wasserstoffwirtschaft im Kreis Heinsberg begrüßt und seitens der Stadt Geilenkirchen begleitet wird. Mit der Unterzeichnung des in der Anlage beigefügten Letters of Intent besteht Einverständnis.

**TOP 12 Beratung und Beschlussfassung über den Bauvorentwurf zur Erneuerung und Verbesserung von Straße und Kanal Tichelener Weg; Beschluss zur Durchführung einer Einwohnerversammlung
Vorlage: 2703/2022**

Bürgermeisterin Ritterfeld erklärte, die Pläne seien im Umwelt- und Bauausschuss bereits vorgestellt worden. Die Fraktionen haben nun die Möglichkeit Vertreter/innen der Fraktionen als Teilnehmer/innen an der Versammlung zu benennen.

Die Fraktionen benannten ihre Vertreter/innen. Stadtverordneter Schumacher erklärte, dass er aus Termingründen die Vertreter/innen der CDU erst später bekanntgebe.

Stadtverordneter Benden fragte, wo die Einwohnerversammlung stattfinden.

Herr Nilles antwortete, im großen Sitzungssaal des Rathauses.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Geilenkirchen beschließt die Planvorentwürfe zur Vorstellung in einer Einwohnerversammlung. Der Rat der Stadt beschließt die Durchführung einer Einwohnerversammlung und benennt folgende Vertreter/innen der Fraktionen als Teilnehmer/innen an der Versammlung:

- CDU (Stadtverordnete Kahl, Münchs und Karner und sachkundiger Bürger Bürschgens)
- Freie Bürgerliste (Sachkundiger Bürger Franken und Stadtverordneter Kravanja)
- Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Stadtverordneter Benden)
- SPD (Stadtverordnete Becker)
- FDP (Sachkundiger Bürger Dorner)

TOP 13 Anfragen nach § 17 der Geschäftsordnung der Stadt Geilenkirchen

Stadtverordneter Banzet fragte nach dem Sachstand an der Pfarrer-Claßen-Straße in Teveren. Dort sei eine Verengung geplant. Zudem fragte er nach dem Sachstand bzgl. der abgebauten Basketballanlage und ob man diese erneut aufbauen werde.

Bürgermeisterin Ritterfeld erklärte, die Informationen werde die Verwaltung nachreichen.

Die Prüfung durch die Verwaltung hat ergeben, dass sich eine Verkehrsberuhigende Maßnahme im Bereich der Pfarrer-Claßen-Straße derzeit problematisch gestaltet, da der einseitige Parkstreifen mit Längsaufstellung und die gegenüberliegenden, derzeit nicht bebauten Grundstücke, eine bauliche Lösung erschweren. Die Stadt steht diesbezüglich bereits im Kontakt mit den Anliegern, die hierzu unterschiedliche Auffassungen vertreten. Es konnte bislang noch keine abschließende für alle zufriedenstellende Lösung gefunden werden.

Zur Klärung der Problematik ist ein gemeinsamer Ortstermin mit den Anliegern vorgesehen um das Für und Wider im gemeinsamen Gespräch vor Ort zu klären.

Der Abbau der Basketballanlage konnte bisher nicht nachvollzogen werden. Die Verwaltung wird diesbezüglich mit Stadtverordnetem Banzet Kontakt aufnehmen.

Stadtverordnete Brandt erklärte, beim Kindergarten am City-Parkplatz habe die Stadt mit Ratsbeschluss Poller installiert. Diese seien entfernt worden. Sie habe bereits mit Beigeordnetem Scholz gesprochen, der ihr erklärte habe, man stelle die Poller wieder auf. Bisher sei dies jedoch nicht geschehen.

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, man wolle die Poller wieder aufstellen. Weitere Informationen werde die Verwaltung nachreichen.

Die Prüfung durch die Verwaltung hat ergeben, dass es die notwendigen Bodenösen nicht mehr gibt. Aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung hat die Verwaltung noch keine Alternative bestellt.

Stadtverordneter Kleinen fragte, ob der KOD regelmäßig das Bahngelände kontrolliere. Er wisse, es gebe dort Kompetenzprobleme mit der Bundespolizei, jedoch habe es in letzter Zeit häufig Beschwerden über pöbelnde Jugendliche im Alter von 13-18 Jahren gegeben, die unter Alkohol- und Drogeneinfluss stehen würden.

Erster Beigeordneter Brunen erklärte, das Gelände werde regelmäßig durch den KOD kontrolliert. Zudem sei eine gemeinsame Aktion mit der Bundespolizei geplant. Jedoch erwische man die Täter/innen selten auf frischer Tat. Der KOD werde das Bahngelände weiterhin kontrollieren.

Stadtverordneter Kleinen fragte, wen man nach Dienstschluss des KOD erreiche.

Erster Beigeordneter Brunen antwortete, nach Dienstschluss sei wie üblich die Polizei für Ordnungswidrigkeiten zuständig. Am 09.02.2023 führe man weitere Vorstellungsgespräche, um die 3. Planstelle zu besetzen. Mit drei Personen könne man dann ein Schichtsystem einführen, um auch Abend- und Nachtstunden abzudecken. Man werde sich dann mit der Polizei abstimmen, um die Zuständigkeiten zu den verschiedenen Uhrzeiten zu besprechen. Sei der KOD im Dienst, informiere die Polizei diesen.

Stadtverordneter Ronneberger meinte, man habe vor ca. einem Jahr mit der Bahnverwaltung zusammengesessen und über die Kameras gesprochen. Sollten diese inzwischen wie am Rathaus funktionieren, würde dies die Aussage von Erstem Beigeordneten Brunen widerlegen, dass man die Täter/innen nicht identifizieren könne.

Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, die Kameras am Bahnhof würden keine Bilder aufzeichnen, sondern leite diese an eine Zentrale der Bahn weiter. Dies sei nicht effektiv, da von dort viele Bahnsteige kontrolliert und die Täter/innen dadurch auf frischer Tat ertappt werden müssen. Die Bahn sei ebenfalls nicht glücklich mit diesem Zustand. Eine Kamera mache nur Sinn, wenn diese auch aufzeichne. Die Bahn wolle sich daher dem Problem annehmen.

Stadtverordneter Ronneberger meinte, das Problem habe man bereits 2016 im Parkhaus durch Umstellung der technischen Einstellungen behoben.

Bürgermeisterin Ritzerfeld erklärte, im Parkhaus und rund ums Rathaus würden die Kameras auch funktionieren. An den Bahngleisen sei allerdings die Bahn zuständig. Hier könne die Stadt nichts veranlassen, sondern nur weitergeben. Dies sei geschehen.

Stadtverordneter Weiler sagte, es sei gut, dass man die Glasfaserleitungen ausbaue. Jedoch solle die Telekom die gegrabenen Löcher auch wieder schließen. An der von-Humboldt-Straße und Am Forsthaus seien die Arbeiten seit langem abgeschlossen, die Löcher jedoch noch nicht wieder aufgefüllt. Dadurch sei u. a. die Sicherheit auf den Fahrradwegen gefährdet. Dasselbe sei bei der Baustelle am Gut Hommerschen der Fall.

Bürgermeisterin Ritzerfeld informierte, ein Mitarbeiter des Tiefbauamtes kontrolliere dies normalerweise. Bisher habe sie keine Beschwerden zu den Straßen erhalten. Sie werde das Anliegen zur Überprüfung weiterleiten. Für die Arbeiten am Gut Hommerschen sei Straßen NRW zuständig. Dort werde die Verwaltung nachhaken.

Die Prüfung durch die Verwaltung hat ergeben, dass die Löcher wieder geschlossen sind. Das Tiefbauamt kontrolliert die Baustellen fortlaufend und nimmt diese nach Abschluss der Arbeiten ab.

TOP 14 Fragestunde für Einwohner

Herr Becker fragte, ob das Gutachten bzgl. der Püttstraße im Gewerbegebiet Niederheid bereits vorliege.

Bürgermeistern Ritzerfeld erklärte, dies sei nicht der Fall. Sie habe aktuell keine neuen Informationen.

Sitzung endet um: 19:52

Vorsitzende

Schriftführerin

Bürgermeisterin
Daniela Ritzerfeld

Christina Kamphausen